

Bekanntmachung

über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln.
Vom 12. April 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Unter der Bezeichnung „Reichsstelle für Kartoffelversorgung“ wird eine Behörde gebildet, die dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) unterstellt ist. Sie besteht aus einem Reichskommissar als Vorsitzenden und mindestens zwei Mitgliedern. Ihr steht ein Beirat zur Seite, der sich aus sechs Vertretern der Landwirtschaft und insgesamt sechs Vertretern der Städte, des Handels und der Verbraucher zusammensetzt. Der Reichskanzler ernennt den Reichskommissar und die Mitglieder der Reichsstelle und des Beirats; er erläßt die näheren Bestimmungen.

§ 2. Die Reichsstelle für Kartoffelversorgung hat für die Verteilung von Kartoffelvorräten zur Ernährung der Bevölkerung im Reichsgebiete zu sorgen. Sie hat sich dabei der Hilfe der Kommunalverbände zu bedienen. In erster Linie ist der Bedarf der minderbemittelten Bevölkerung zu berücksichtigen.

§ 3. Inwieweit die zur Ernährung der Bevölkerung erforderlichen Kartoffeln nicht innerhalb des Bezirks vorhanden sind, messen die Kommunalverbände den Fehlbetrag, der durch freihändigen Ankauf nicht gedeckt werden kann, unter eingehender Berücksichtigung seiner Höhe bei der Reichsstelle für Kartoffelversorgung an. Der Reichskanzler kann Grundsätze für die Berechnung des Fehlbetrages aufstellen.

Ob und inwieweit die Anmeldungen der Kommunalverbände zu berücksichtigen sind, entscheidet die Reichsstelle.

§ 4. Die Kommunalverbände haben den Erfuchen der Reichsstelle Folge zu leisten. Die Reichsstelle kann insbesondere bestimmen, welche Kartoffelmengen aus einem Kommunalverband an die Reichsstelle oder andere Kommunalverbände abzugeben sind. Dabei sind, soweit die Kartoffeln im Eigentum des abgebenden Kommunalverbandes stehen, diesem die Selbstkosten zu vergüten.

Der Reichskanzler kann Grundsätze über die Verpflichtung zur Abgabe aufstellen.

§ 5. Kommunalverbände, aus denen hiernach Kartoffeln abzugeben sind, haben die Mengen, die sie nicht freihändig ankaufen können, sicherzustellen. Auch die Reichsstelle kann Kartoffelmengen sicherstellen.

Die Sicherstellung erfolgt nach den §§ 2 und 4 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) mit folgenden Mahngaben:

Die Anordnung (§ 2 Abs. 1 Satz 2 des Höchstpreisesgesetzes) ist bei Landwirten nicht auf die Vorräte zu erstrecken, die zur Fortführung ihrer Wirtschaft erforderlich sind. Der Reichskanzler kann Grundsätze darüber aufstellen, welche Vorräte zur Fortführung der Wirtschaft als erforderlich anzusehen sind.

Der Besitzer ist verpflichtet, die Vorräte zu verwahren und die zu ihrer Erhaltung erforderlichen Handlungen vorzunehmen, bis der Erwerber sie in seinen Gewahrsam übernimmt; er erhält hierfür eine angemessene Vergütung, die von der Reichsstelle festgesetzt wird.

Die §§ 2 und 4 des Höchstpreisesgesetzes finden gegen Besitzer von Kartoffeln auch insoweit Anwendung, als Höchstpreise nicht festgesetzt sind. Dabei treten an Stelle des Höchstpreises die Selbstkosten. Die Vorschriften im § 6 Nr. 3, 4 und 5 des Höchstpreisesgesetzes finden auch in diesen Fällen Anwendung.

Bei der Sicherstellung darf nicht zurückgegriffen werden auf Mengen, die im Eigentum des Reichs, eines Bundesstaats oder Elsaß-Lothringens, insbesondere im Eigentum der Heeresverwaltungen und der Marineverwaltung oder eines Kommunalverbandes oder der Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft m. b. H. in Berlin oder der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin stehen.

Auf Mengen, die zur Erfüllung von Verträgen erforderlich sind, darf nicht zurückgegriffen werden, wenn diese Verträge nachweislich vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen worden sind und wenn ihr Inhalt von einem der Vertragschließenden bis zum 26. April 1915 einschließlich dem Kommunalverband, in dem die zu liefernden Kartoffeln lagern, mitgeteilt ist. Der Kommunalverband hat die Mitteilung bis zum 5. Mai 1915 einschl. an die Reichsstelle weiterzugeben. Der Rückgriff ist zulässig, wenn die Reichsstelle es genehmigt oder verlangt.

§ 6. Die Reichsstelle oder die von ihr bezeichnete Person ist berechtigt, in die bei Inkrafttreten dieser Verordnung laufenden Lieferungsverträge als Erwerber einzutreten. Auf den Eintritt finden die §§ 505 bis 508, § 512 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ent-

sprechende Anwendung. Der Eintrittsberechtigte kann die Erklärung des Eintritts nur bis zum 31. Mai 1915 einschließlich, und wenn das Bestehen des Vertrags der Reichsstelle erst nach dem 17. Mai 1915 bekannt wird, nur binnen zwei Wochen nach dem Bekanntwerden abgeben; er hat den aus dem Vertrage Berechtigten von dem erfolgten Eintritt unverzüglich zu benachrichtigen.

§ 7. Die Kommunalverbände haben die ihnen überwiesenen Mengen an der Verladestation abzunehmen. Die näheren Bestimmungen setzt die Reichsstelle fest.

§ 8. Ueber Streitigkeiten, die sich aus der Sicherstellung (§§ 5, 10) ergeben, entscheidet endgültig die höhere Verwaltungsbehörde des Lagerungsortes, über Streitigkeiten aus der Abgabe von einem Kommunalverband an einen anderen (§ 4) die höhere Verwaltungsbehörde des Verladeorts.

§ 9. Die Kommunalverbände haben die zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kartoffeln notwendigen Maßnahmen zu treffen. Sie können den Gemeinden die Versorgung der Bevölkerung für den Bezirk der Gemeinden übertragen. Gemeinden, die nach der letzten Volkszählung mehr als 10 000 Einwohner hatten, können die Uebertragung verlangen.

§ 10. Die Kommunalverbände oder diejenigen Gemeinden, denen die Versorgung übertragen ist, können zu diesem Zwecke insbesondere die erforderlichen Mengen sicherstellen (§ 5); sie können ferner

1. die Verteilung an Kleinhändler und Verbraucher vornehmen;

2. die Abgabe und Entnahme von Kartoffeln auf bestimmte Abgabestellen, Zeiten und Mengen beschränken;

3. die Abgabe von Kartoffeln aus dem Bezirke des Kommunalverbandes verbieten oder beschränken, inwieweit es sich nicht um Anweisungen der Reichsstelle handelt.

Die Maßnahmen auf Grund der Nummern 2, 3 dürfen nicht erstreckt werden auf Mengen, die nach § 5 Abs. 6, 7 dem Rückgriff nicht unterliegen.

§ 11. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten höheren Verwaltungsbehörden können die Art der Regelung (§§ 9, 10) vorschreiben.

§ 12. Die Kommunalverbände oder diejenigen Gemeinden, denen die Versorgung übertragen ist, haben den Preis für die Kartoffeln, die sie abgeben, nach den von der Reichsstelle aufgestellten Grundsätzen festzusetzen. Etwas Ueberschüsse sind für die Volksernährung zu verwenden.

§ 13. Die Kommunalverbände oder diejenigen Gemeinden, denen die Versorgung übertragen ist, können in ihrem Bezirke Lagerräume für die Lagerung der Mengen in Anspruch nehmen. Die Vergütung setzt die höhere Verwaltungsbehörde endgültig fest.

§ 14. Die Landeszentralbehörden können Bestimmungen über das Verfahren beim Erlasse der Anordnungen treffen. Diese Bestimmungen können von den Landesgesetzen abweichen.

§ 15. Ueber Streitigkeiten, die bei der Regelung der Versorgung (§§ 9 bis 13) entstehen, entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

§ 16. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde, als zuständige Behörde oder als Kommunalverband im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 17. Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

§ 18. Der Reichskanzler kann Ausnahmen gestatten.

§ 19. Wer den Anordnungen zuwiderhandelt, die ein Kommunalverband oder eine Gemeinde, der die Versorgung übertragen ist, zur Durchführung dieser Maßnahmen erlassen hat (§§ 9, 10, 12, 13), wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark bestraft. Ebenso wird bestraft, wer den von den Landeszentralbehörden erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

§ 20. Die Vorschriften dieser Verordnung beziehen sich nicht auf Kartoffeln, die nach dem 15. April 1915 aus dem Auslande eingeführt werden.

§ 21. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 12. April 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Delbrück.

Bekanntmachung

über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln.
Vom 15. April 1915.

Im Sinne der Verordnung des Bundesrats über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln vom 12. April 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 217) sind anzusehen:

- a) als höhere Verwaltungsbehörde der Kreisausschuß;
- b) als zuständige Behörde das Kreisamt, in Gemeinden, denen auf Grund von § 9 der Bundesratsverordnung die Verfor-

gung der Bevölkerung für ihren Bezirk übertragen ist, die
Großh. Bürgermeisterei (der Bürgermeister, Oberbürger-
meister);
o) als Kommunalverband der Kreis.
Darmstadt, den 16. April 1915.
Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Hombergk. Krämer.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Verkehr mit Futtermitteln.

Unter Hinweis auf unsere Bekanntmachung vom 10. d. M.
(Kreisblatt Nr. 33) werden nachstehende Anordnungen zur allge-
meinen Kenntnis gebracht.

Gießen, den 17. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Anordnungen

zu der Bekanntmachung über den Verkehr mit Futtermitteln vom
31. März 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 195).

Zu § 4. Soweit gemäß § 4 Verträge zu berücksichtigen sind, hat
der zur Ueberlassung der Ware Verpflichtete den erforderlichen
Nachweis über den Inhalt der Verträge der Bezugsvereinigung der
Deutschen Landwirte, G. m. b. H., in Berlin, Potsdamerstr. 30,
nach der Vorschrift in § 2 Abs. 2 bei Erstattung der vorgeschriebe-
nen Anzeige beizubringen. Hat der Anzeigepflichtige dies unter-
lassen und den Nachweis nicht spätestens auf die Anforderung der
Ware durch die Bezugsvereinigung nachträglich erbracht, so ist diese
befugt, die Anordnung der zwangsweisen Ueberlassung gemäß § 14
zu beantragen.

Die von der Bezugsvereinigung in Anspruch genommenen Er-
zeugnisse sind bis zum Abwurf aufzubewahren und pfleglich zu
behandeln. Erfolgt der Abwurf, so sind die Waren nach Wahl der Be-
zugsvereinigung frei Eisenbahnwagen der Verladestation oder Kahn
oder frei Wagen als Lager in handelsüblicher Weise zu liefern. Auf
Verlangen der Bezugsvereinigung hat der Lieferungspflichtige
Säcke, gegebenenfalls gegen Leihgebühr, zu stellen.

Zu § 6. Die Bezugsvereinigung hat bei Anforderung der von
ihr in Anspruch genommenen Waren den von ihr für angemessen
erachteten Uebernahmepreis zu bieten. Ist Verkäufer mit dem gebo-
tenen Uebernahmepreis nicht einverstanden, so hat er gemäß Abs. 3
das Recht, die Entscheidung der zuständigen höheren Verwaltungs-
behörde anzurufen. Dieser ist gleichzeitig der Nachweis des bean-
spruchten höheren Verfalls- oder Erwerbspreises vorzulegen.
Ebenso ist eine etwaige Mehrforderung für Zinsen, Unkosten und
Gewinn sofort eingehend zu begründen. Von der Anrufung der
höheren Verwaltungsbehörde ist die Bezugsvereinigung unverzüg-
lich zu benachrichtigen.

Die Verpflichtung zur Lieferung der von der
Bezugsvereinigung angeforderten Waren wird
durch das Verfahren über die Preisfestsetzung
nicht aufgeschoben. Der Verpflichtete hat vielmehr ohne
Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Uebernahmepreises zu
liefern und die Bezugsvereinigung vorläufig den von ihr als an-
gemessen erachteten Preis zu zahlen.

Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Verladung der
Ware. Etwaige Restbeträge sind spätestens 14 Tage nach Mit-
teilung der von der höheren Verwaltungsbehörde getroffenen Ent-
scheidung zu zahlen.

Wer Waren der im § 1 bezeichneten Art in Gewahrsam hat,
die im Eigentum eines Ausländers stehen und zum Verkauf im
Inlande bestimmt sind, hat spätestens am 15. April 1915 die
Handelskammer, in deren Bezirk die Ware lagert, um Festsetzung
der Uebernahmepreise zu ersuchen und gleichzeitig die Bezugsver-
einigung entsprechend zu benachrichtigen. Die Verpflichtung
zur Lieferung der von der Bezugsvereinigung
angeforderten Waren wird durch das Verfahren
über die Festsetzung der Uebernahmepreise nicht
aufgeschoben.

Zu § 7. Die Bezugsvereinigung verteilt die übernommenen
Vorräte auf die Kommunalverbände unter Mitwirkung des Beirats
(§ 7 Abs. 3).

Soweit Kommunalverbände vorher unter Nachweis eines drin-
genden wirtschaftlichen Bedürfnisses Futtermittel anfordern, kann
die Bezugsvereinigung unter Vorbehalt der späteren Anrechnung
die verfügbaren Mengen sofort überweisen.

Zu § 10. Genossenschaften dürfen die am 15. April 1915 in
ihrem Besitz befindlichen Futtermittel der im § 1 bezeichneten Art
unbeschadet der Vorschrift in § 4 an ihre Genossen abgeben.

Ebenso dürfen die Hersteller von Torfstreu und Torfmüll die-
jenigen Mengen, die von der Bezugsvereinigung noch nicht gemäß
§ 4 angefordert worden sind, an Verbraucher und Verarbeiter
abgeben.

Berlin, den 9. April 1915.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Kautz.

Betr.: Das unrechtmäßige Tragen des Eisernen Kreuzes.

An das Großh. Polizeiamt Gießen, die Großh. Gendarmerte
und Ortspolizeibehörden des Kreises.

Es sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen sich Per-
sonen das Eiserne Kreuz mit Band gekauft und getragen haben.

Zum Teile ist dies aus Eitelkeit, zum Teile aber in der Absicht
geschehen, sich Vorteile zu verschaffen. Leute, die überhaupt nicht
im Felde waren, benutzten den Besitz des Ordens dazu, durch un-
wahre Erzählungen aus dem Feldzuge andere zu täuschen und sich
von ihnen freihalten zu lassen. Indem wir Ihre Aufmerksamkeit
auf ein solches Gebaren richten, beauftragen wir Sie, gegebenen-
falls unachtsamst Anzeige zu erheben.

Gießen, den 16. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Wasserversorgung Altritzhausen.

Die Kreisstraßenortsbuchfahrt in Altritzhausen wird wegen
Vornahme von Wasserleitungsarbeiten für die Zeit vom 19. bis
28. April d. Js. für jeden Verkehr gesperrt.

Gießen, den 14. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Unfalluntersuchung; hier: Teilnahme der Versicherungs-
ämter.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des
Kreises und das Großh. Polizeikommissariat Arnsburg.

Wir machen Sie auf genaue Beachtung unseres Ausschreibens
vom 26. August 1913 aufmerksam und erwarten, daß Sie uns
rechtzeitig von den von Ihnen anberaumten Terminen zur
Unfalluntersuchung Kenntnis geben.

Gießen, den 15. April 1915.

Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.

J. B.: Hechler.

Bekanntmachung.

Betr.: Meldepflicht der unausgebildeten Landsturmpflichti-
gen.

Die noch nicht gemusterten unausgebildeten
Landsturmpflichtigen werden darauf aufmerksam gemacht,
daß sie verpflichtet sind, sich beim Verziehen in einen anderen
Bezirk bei den Bürgermeistereien binnen 3 Tagen an- und ab-
zumelden. Die Meldungen sind zur Berichtigung der Landsturm-
rollen erforderlich. Die im Bezirk des 18. Armeekorps noch nicht
militärpflichtigen Landsturmpflichtigen unter 20 Jahren unter-
liegen nicht der An- und Abmeldung.

Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die bereits
ausgehobenen unausgebildeten Landsturmpflichtigen unter
militärischer Kontrolle stehen; diese sind verpflichtet, sich inner-
halb 48 Stunden bei dem Bezirksfeldwebel an- und abzumelden.
Versäumung der Meldefristen ist strafbar.

Gießen, den 13. April 1915.

Der Zivilvorsitzende der Ersatzkommission des Kreises Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Betr.: Wie oben.

An den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an
die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Auf obige Bekanntmachung weise ich hin und empfehle, alle
An- und Abmeldungen von noch nicht ausgehobenen un-
ausgebildeten Landsturmpflichtigen mit sofort mitzuteilen.

Die Mitteilung muß alle für die Landsturmrolle erforderlichen
Angaben enthalten.

Gießen, den 13. April 1915.

Der Zivilvorsitzende der Ersatzkommission des Kreises Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 1. bis 15. April l. J. wurden in hiesiger Stadt
gefunden: 1 Theaterbeutel, 1 Brille mit Futteral, 1 Porte-
monnaie mit Inhalt, 1 Granatbroche, 1 Regenschirm, ein
Ring;

verloren: 1 goldener Zwicker, 1 rotes Damenhandtäschchen (ein
Portemonnaie mit 50 Mk. Papiergeld, etwas Silbergeld und
einige Brot- und Briefmarken als Inhalt), 1 silb. Ketten-
armband mit blauen Steinchen, 1 Portemonnaie mit fünf
Fünfmarscheinen als Inhalt, 1 schwarze Handtasche mit
22 Mark, 4 Schlüsseln und 2 Taschentüchern als Inhalt,
1 braune Zigarrentasche mit Verschluss und rotem Ausschlag
(Widmung C. v. W. 1856), 1 Tulardiamant, 1 gold. Brosche
mit 5 Rubinen und Perlen besetzt, 1 silb. Medaillon, eine
silberne Damenuhr mit Verzierungen auf dem Deckel, ein
kleines Portemonnaie mit 2 Mark Inhalt.

Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände be-
stehen ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.

Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem
Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nach-
mittags bei unterzeichneter Behörde, Zimmer Nr. 1, erfolgen.

Gießen, den 15. April 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Hemmerde.

Drucksachen aller Art

liefert in jeder gewünschten
Ausstattung still und preiswert
die Brühl'sche Univ.-Druckerei